



# Presse Medien Information

**IG Metall**

**Verwaltungsstelle Osnabrück**

**Hartmut Riemann**

**Tel. 0541/33838-1111**

**Mobil: 0171/9792152**

**homepage: [www.osnabrueck.igmetall.de](http://www.osnabrueck.igmetall.de)**

14. September 2006

## Warnstreik bei der Georgsmarienhütte GmbH

**350 Beschäftigte der Georgsmarienhütte GmbH legten aus Protest über das provokative Angebot der Arbeitgeber in der Tarifrunde für die Eisen- und Stahlindustrie die Arbeit nieder. Die Produktion ruhte für 2 Stunden. Gleichzeitig beteiligten sich auch die Belegschaften der Firmen Magnum Metallbearbeitung GmbH aus Osnabrück und der Firma IAG GmbH aus Georgsmarienhütte an der Arbeitsniederlegung, da sie ebenfalls zu diesem Tarifbereich gehören.**

Die IG Metall fordert eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 7 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Weiter will die Gewerkschaft einen Tarifvertrag „Perspektive für Beschäftigung und alternsgerechtes Arbeiten“ durchsetzen. Hierbei soll es zum einen um die Sicherung von Arbeitsplätzen insgesamt gehen und zum anderen soll die Beschäftigungsfähigkeit Älterer sichergestellt werden. Für die Auszubildenden setzt sich die IG Metall für eine „Lernmittelfreiheit“ ein.

In der 3. Verhandlungsrunde hatten die Arbeitgeber der Gewerkschaft ein Angebot in Höhe von 3 % bei einer Laufzeit von 19 Monaten gemacht.

„Dieses Angebot ist eine Mogelpackung“, bewertete Hartmut Riemann, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle Osnabrück und Mitglied der Verhandlungskommission, dieses Angebot. „Wenn man dieses Angebot auf eine Laufzeit von 12 Monaten umrechnet, kommt man nicht mal auf eine Tariferhöhung von 2 %“, begründete Riemann

seine Bewertung und der starke Beifall zeigte, dass die Stahlarbeiter nicht gewillt sind, ein solches Angebot zu akzeptieren.

Riemann berichtete dann weiter aus den Verhandlungen, dass die Gespräche über den Tarifvertrag zum alternsgerechten Arbeiten und zur Lernmittelfreiheit für Auszubildende konstruktiv angelaufen wären und sich hier erfreulicherweise Lösungen abzeichnen würden.

Als nächster Redner folgte der Betriebsratsvorsitzende der Georgsmarienhütte GmbH, Wilfried Brandebusemeyer. Er stellte nüchtern fest, „dass das Angebot der Arbeitgeber nicht einmal ausreichen würde, um die Inflationsrate auszugleichen. Wir werden uns nicht mit einem Brotsamen vom Tisch der Reichen zufrieden geben, sondern fordern unseren gerechten Anteil an der hervorragenden wirtschaftlichen Entwicklung. Dafür werden wir notfalls auch kämpfen“, gab sich Brandebusemeyer kämpferisch.

Von der Firma IAG GmbH ergriff dann der Betriebsratsvorsitzende Dieter Schumann das Wort. „Wir haben in wirtschaftlich schlechten Zeiten immer Verzicht geübt. Von daher haben sich im Vergleich zu anderen Branchen die Einkommen in der Stahlindustrie in den letzten Jahren schon negativ entwickelt. Diese Differenz müssen wir wieder aufholen“, signalisierte Schumann die tarifliche Entwicklung der letzten Jahre.

Als nächster Redner stellt dann der Betriebsratsvorsitzende der Firma Magnum GmbH, Lothar Leimbrock fest, „dass es wohl nach Auffassung der Arbeitgeber nie eine günstige Zeit für Lohnerhöhungen geben wird. In schlechten Zeiten ist nichts drin, damit es nicht noch schlechter wird und in guten Zeiten ist nichts drin, damit es gut bleibt. Diese Logik müssen wir durchbrechen“, forderte Leimbrock und zog daraus die Konsequenz „dass, wenn die Arbeitgeber auf Gewinnkurs fahren, auch die Beschäftigten einen Anspruch darauf haben, dann mitzusegeln.“

Die solidarischen Grüße aus anderen Gewerkschaften überbrachte die DGB-Regionsvorsitzende Petra Tiesmeyer den Streikenden. In ihrer Rede ging sie auf die politischen Rahmenbedingungen für die Beschäftigten ein. „Dieser Regierungspolitik kann man nichts positives abgewinnen. Arbeitnehmer zahlen überall drauf.“

Sie geißelte dann nochmals die beabsichtigte Mehrwertsteuererhöhung und die geplante Gesundheitsreform. „Da hier die Tarifpolitik Grenzen hat, sind wir auch gefordert, politisch aktiv zu werden“, forderte sie die Teilnehmer auf und meinte damit insbesondere die Teilnahme an dem DGB-Aktionstag „Für eine sozialere Politik“ am 21. Oktober 2006 in Dortmund.

Bei seinem Schlusswort befürchtete Riemann „dass es auch am heutigen 4. Verhandlungstag wohl keinen Abschluss geben werde, doch dass die Arbeitgeber das Signal erkennen müssten, dass die Beschäftigten für ein vernünftiges Tarifergebnis bei künftigen Aktionen eine Schippe drauflegen werden.“